

Hauptversammlung der Deutschen Bühnen-Genossenschaft.

Berlin, 5. Dezember 1912.

In den fortgesetzten Beratungen der Hauptversammlung der Deutschen Bühnen-Genossenschaft heute normiert entstanden sofort bei Beginn der Sitzung wieder

heftige Kämpfungen.

da Jöhner (Hamburg) den Antrag stellte, ein gefernicht angegriffenes Mitglied der Genossenschaft nochmals zu Worte kommen zu lassen. Dann wollte Otto (Berlin) noch eine Erklärung abgeben, was ebenfalls lebhaft Unruhe hervorrief. Schließlich wurden zwei neue Dringlichkeitsanträge eingebracht, einer von Frau Grete Elm (Frankfurt a. M.), der aber nicht zur Berlegung kam, weil behauptet wurde, daß Grete Elm überhaupt nicht Mitglied sei. — Ein Antrag (Saale) befahl sich mit der Angelegenheit Kienfischer und hat folgenden Inhalt: 1. Die Delegiertenversammlung fordert Kienfischer, dessen Integrität nicht angezweifelt wird, nach der Klärung seines Falles und nach dem vom Direktorium abgegebenen Urteil auf, die Konsequenzen zu ziehen und sein Amt niederzulegen. 2. Die Delegiertenversammlung erklärt, daß Rissen in der Angelegenheit Kienfischer vollkommen korrekt vorgegangen sei. (Lachen.) — Kienfischer selbst ist von der Erklärung betreffend seiner Integrität befriedigt, will aber die Erklärung im großen und ganzen anders gefaßt haben. — Stadel: Nachdem Kienfischer erklärt hat, daß er sein Amt nicht niederlegen könne, und wir glauben, daß dies für seine Ehre schädlich sein würde, ziehen wir den Antrag zu 1 zurück. Als der Antrag zu 2 zur Abstimmung gelangen soll, entspann sich wieder eine äußerst heftige Geschäftsordnungsdebatte, in welcher dem Vorstände wiederholt der Vorwurf der Unfähigkeit gemacht wurde. Der Vizepräsident äußerte seine Bedenken, so daß sich der Syndikus Rechtsanwalt Dr. Schlegelinger nur mit Mühe Gehör verschaffen kam. Er gab einige juristische Erklärungen zu einzelnen Punkten der Satzungen, worauf die Geschäftsordnungsdebatte unter großem Lärm wieder einsetzte. Nach langer Debatte wurde beschlossen, über den zweiten Teil des Antrages Stadel ohne Debatte abzustimmen. Dieser Antrag, der ein Vertrauensvotum für den Vorstand des Delegierten-Komitees bedeutet, wurde mit 67 gegen 46 Stimmen angenommen. Die Mehrheit begleitete das Ergebnis mit stürmischen Beifall, Rissen wurde von seinen Freunden lebhaft beglückwünscht. Herzog (Cassel) beantragte jedoch, die Angelegenheiten der Penionsanstalt vorzeitig zu erledigen und alles übrige beiseite zu lassen. Rissen schloß sich dem an und erklärte, daß man bis zur Kaufe mit den Angelegenheiten der Penionsanstalt fertig sein müsse. Es wurde hierauf in die Beratung der zu dem Punkte Penionsanstalt vorliegenden Anträge eingetreten. Ein Antrag, die Regierung nochmals anzugeben, die Penionsanstalt als Zuschußstelle zuzulassen, wurde zurückgezogen. — Bei dem Antrage des Ortsverbandes Rostock, in die Satzungen einen Zusatz aufzunehmen des Inhaltes „den Ort ihrer nächsten Tagung bestimmt stets die Delegiertenversammlung“, entspann sich eine längere Debatte. Saale (Berlin) weist darauf hin, daß Berlin für die Penionsanstalt extra in den letzten fünf Jahren 158 000 Mark aufgebracht habe. Die Berliner Schauspieler müßten die Kerntruppe der Genossenschaft bleiben. — Jöhner vom Direktorium der Penionsanstalt, wendet sich gegen eine Verschlebung der Delegiertenversammlungen an andere Orte, weil dann eine Beschäftigungslosigkeit an der Tagungsordnung sein würde. Die Schwierigkeit liegt darin, die Vorstände alle an dem betreffenden Orte zusammenzubringen. — Ricket (Berlin) betont, es sei die Feindschaft gegen den Westertop Berlin, die hier in die Erscheinung trete. Die Herren aus der Provinz sollten einmal die Arbeit leisten, welche die Berliner das ganze Jahr über täten. Sämtliche Mitglieder des Rechtsbüros und des Frauentheaters seien entschlossen, ihre Ämter niederzulegen, wenn der Antrag Rostock angenommen werde. — Der Vertreter von Rostock zog darauf den Antrag zurück.

Der Antrag des Lokalverbandes des königlichen Schauspielhauses Berlin, daß es auch Genossenschaftler möglichst gemacht werden, freiwillig aus der Genossenschaft auszutreten, ohne deshalb die Mitgliedschaft in der Penionsanstalt zu verlieren, wurde nach Beratung einer Zulassung des Kaiserlichen Kultusamtes, wonach die Mitgliedschaft bei der Penionsanstalt unter allen Umständen genährt bleibt, zurückgezogen. Der Antrag des Ortsausschusses Hoftheater Dessau, wonach die Zahl der Vertreter sei nach der Zahl der beim Ortsverbande angehörenden Mitglieder richtig, sein Vertreter aber mehr als 3 Stimmen führen dürfe, wurde abgelehnt. Der Antrag Wagner (Hamburg), betreffend Errichtung einer Leibrentenanstalt sowie die Zuerkennung von Vermittlungsprovisionen für die Zuführung von Legaten und Vermittlungen, wurde zurückgezogen.

Nach der Tagesordnung sollten nuncmehr die Wahlen für das Direktorium vorgenommen werden. Unter lebhaftem Beifall der Versammlung brachte der Leiter der Versammlung, Wits (Leipzig),

ein Vertrauensvotum für das Direktorium

zum Ausdruck, und hat dasselbe, sein Amt beizubehalten. — Der Obmann des Direktoriums erklärte sich bereit, für die Dauer der diesjährigen Generalversammlung weiter zu amieren. Das Vertrauensvotum lehnen wir ab. Mit Wits als Vorsitzenden können wir nicht weiter arbeiten. Der Vorsitzende Wits erklärt hierzu: er habe nur ermöglichen wollen, daß aus der Versammlung heraus dem Direktorium das Vertrauen ausgesprochen werde. Eine Zurückweisung der Direktoriumswahl bis zur Beendigung der Tagung ist nicht möglich. Der Aufsichtsrat bietet seine Demission an. Der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates und Leiter der Versammlung, Wits (Leipzig), beantragt, die Bestimmung zum Aufsichtsrat für diesen derzeitige Mitglieder zu widerrufen. — Hierzu bemerkt Ricket (Berlin), daß dieser Antrag aufs neue beweise, daß in der Genossen-

schaft Dinge vorgehen, die nicht korrekt sind. Es handele sich bei dem ganzen Kampf um eine gewollte gegenseitige

Politik gegen die Interessen der Genossenschaft.

(Stürmischer Widerspruch und Jurauf), es handele sich um den Antagonismus zwischen Aufsichtsrat und Direktorium, der in den Intentionen des Aufsichtsrates gegen das Direktorium begründet ist und nicht nur gegen die Mitglieder des jetzigen Direktoriums geht, sondern auch gegen jene, die auf den Vorschlag des Direktoriums in dasselbe eintreten sollen.

Ricket zog zum Beweise seiner Behauptungen die Angelegenheit Bassmann heran, dessen Aufnahme in das Direktorium vom Aufsichtsrat refused worden sei.

Nach weiterer unerquicklicher Debatte ergreift der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Milius (Hamburg), das Wort. Er erklärte, nur deshalb an der Tagung teilgenommen zu haben, um zum letzten Mal seine genossenschaftliche Pflicht zu erfüllen. Er habe bereits am 1. Juni d. J. seine Ämter niederlegen wollen, sei aber im Aufsichtsrat verblieben, um dem letzteren seine Rechtsgültigkeit zu erhalten. Er habe auf seine Pensionierung verzichtet, damit ihm nicht das Recht genommen werden könne, bei der Genossenschaft zu verbleiben. Nachdem von verschiedenen Herren des Direktoriums sein Rücktritt gefordert wurde und als Bedingung für die Weiterführung des Amtes genannt worden sei, lege er seine sämtlichen Ehrenämter nieder. „Und Sie nun zuhören? (Zuruf: Nein.) Was wollen Sie denn noch? Ich bitte nur darum, die gefernicht und heute gegen mich geltend gemachten Beschimpfungen von meinem Grunde wegzunehmen, denn als Beschimpfter will ich nicht aus diesem Raume gehen. Sie haben sich nicht daran erinnert, daß ich der Genossenschaft auch in Ehren trug gedient habe (Sturm. Zustimmung), darum fordere ich die Zurücknahme der Beschimpfungen.“ — Der Vorsitzende Wits joll dem Wirken des zurückgetretenen Vorsitzenden Milius unter allgemeinem Beifall volle Anerkennung, worauf Milius den Saal verläßt.

Nach einer weiteren ausgedehnten Debatte wurde beschlossen, die Wahlen für den Aufsichtsrat und den Vorstand am Schlusse der ganzen Tagung vorzunehmen und die Sitzung der Penionsanstalt solange zu verlagern. Der Aufsichtsrat legte dem Vorsitzenden Milius und dem Vizepräsidenten von Paul die Genossenschaftsversammlung. Der vormittags zurückgestellte Dringlichkeitsantrag von Frau Grete Elm (Frankfurt a. M.) wird erneut eingebracht und beauftragt. Derselbe wendet sich gegen die Art und Weise, in welcher das Mitglied des Zentralausschusses Otto den Kampf gegen seine Gegner geführt habe. Der Antrag fordert Otto auf, sofort sein Amt niederzulegen. In der Begründung heißt es: Es sei Pflicht der Frauen und Genossenschaftlerinnen, in dieser Sache zu reden, weil sie sonst nicht würdig seien, in genossenschaftlichen Fragen mitzuarbeiten. Otto habe den Kampf auf ein Gebiet hinübergeführt, auf das ihm ein rechtlich denkender Mensch nicht folgen könne. Es sei eine Schmach, daß ein Mann in der öffentlichen Versammlung habe aufstehen müssen, um seine und seiner Frau Ehre zu verteidigen. Otto hat nicht bloß mit anonymen Briefen gearbeitet, sondern auch den Mann der verdächtigen Frau verdächtigt, diesen Brief als politisches Kampfmittel benutzt zu haben. (Sturm. Zurufe!) Die Frauen vernahmen uns dagegen, in unserem Heim Männer zu wissen, welchen Widerstand und Achtung wir der Frau zu freudig ist. (Geheißte Zustimmung!) Wir wollen und werden nicht mit einem Manne zusammenarbeiten, der so leichtfertig mit der Ehre des Wächters umgeht. (Stürmischer, langanhaltender Beifall). — Otto legte dagegen Protest ein, daß er in der ihm unterworfenen Absicht gehandelt habe. Die Briefaffäre sei auch nicht mit seinem Wissen und Willen zur Sprache gekommen. (Zischen und vereinzelt Händelklatschen.)

Und brachte sodann die Angelegenheit Kienfischer nochmals zur Sprache, wobei es zu einem

furchtbaren Skandal

kommt. Er sagte, es sei angegeben worden, Kienfischer sei zu der fraglichen Zeit ein armer Teufel gewesen. Wenn ich ein reicher Bankier bin, fuhr Lind fort, und mit Tausend Mark in der Tasche von mir, habe weggehe, und bei meiner Heimkehr unvermuthet 1050 Mark in der Tasche finde, so weiß ich nicht zu sagen, wie das kommt. Wenn ich aber ein armer Teufel bin und finde statt 5 Mark lediglich 50 Mark in meiner Tasche, so muß ich wissen, woher der Rest kommt. (Zurufe: Rostock, Rostock!) Der Redner wird von vielen Personen umringt, die mit geballten Fäusten auf ihn eindringen, die Mitglieder des Zentralausschusses und des Aufsichtsrates verlassen ihre Plätze und begeben sich unter die tobende Menge, aus der man nuncmehr rufe, wie: hinaus mit dem Schuft, Lump, infamer Kerl, gemeines Schwein um. (Erst nach mehr als viertelstündiger Dauer konnte die Ruhe soweit hergestellt werden, daß der Vorsitzende beauftragte konnte, daß er habe Zettel herstellen lassen, auf welchen unter Begleitung einer bestimmten Zeit die

Suspendierung der Versammlung

in Aussicht gestellt wird für den Fall, daß sich Vorgänge, wie der eben stattgefundenen, wiederholen sollten. — Mit vieler Mühe gelang es nun Lind, wieder zum Wort zu kommen. Man habe ihn nicht ausprechen lassen. Er habe die Worte nicht so gemeint, wie sie aufgefaßt worden seien. (Stürmische Zurufe.) Er wolle sagen, daß, wenn ein armer Teufel statt 50 Mark lediglich 50 Mark in der Tasche habe (neue Unruhe, Präsident Ricket droht mit Suspendierung der Versammlung), so muß er wissen, wie das in seine Tasche gekommen ist, ob aus Versehen, oder aus sonst welchem Grunde. Lind versicherte weiter, daß es ihm gar nicht eingefallen sei, die Integrität Kienfischer's auch nur im geringsten anzuzweifeln. Er habe nur die Konsequenz aus dessen eigenen Worten gezogen und im übrigen keine Auffassung wiedergegeben; die Tendenz seiner ganzen Rede sei verkannt worden. Er habe lediglich sagen wollen, daß man Männer, die sich nicht beherrschen können, nicht an der Spitze der Genossenschaft belassen könne. (Unruhe und teilweise Zustimmung.). — Präsident Rissen erklärt, er habe Lind sofort, als er die fragliche Aeußerung vernahm, einen Ordnungsruf erteilen wollen, sei aber nicht mehr dazu gekommen, weil infolge der entstandenen Unruhe und des Annulls eine Leitung der Versammlung nicht mehr möglich war. — Die Debatte dauerte noch mehrere

Stunden, worauf in später Abendstunden die Verhandlungen auf morgen vertagt wurden.

Provinzial-Nachrichten.

§ Freiburg a. N., 7. Dez. (Städtische Sparkasse.) Die städtischen Behörden haben beschlossen, vom 1. Januar 1913 ab Sparanlagen mit 3/4 Proz. zu verzinsen. Die Verzinsung beginnt mit dem Tage der Einzahlung.

w. Heiligen (Bez. Halle), 7. Dez. (Nege Bautätigkeit.) Infolge der Nähe des großen Güterbahnhofes der aufstrebenden Station Falkenberg hat auch in unferem, ca. 500 Einwohner zählenden Landstädtchen die Bautätigkeit eingeseigt; mehrere bessere Häuser sind in letzter Zeit entstanden. Auch die benachbarten Kohlenwerke haben bedeutende Vergrößerungen vorgenommen.

w. Hradau-Zedwitz (Kreis Torgau), 7. Dez. (Neue Kirchen.) Während erst hier in jüngerer Zeit eine schmucke geräumige Kirche erbaut wurde, entsteht jetzt auch eine neue Kirche in dem benachbarten aufblühenden Eisenbahnpunkte Falkenberg. Die Kirchen stehen in der Nähe der vorüberführenden Halle-Sorauer Bahn und werden in ihrer Schönheit allgemein bewundert.

Stahlfurt, 5. Dez. (Lobbringendes Spiel.) Eine Anzahl Knaben betrogen sich in der Bischofsstraße in zwei Parteien. Bei der Gelegenheit wurden dem 12jährigen Schulfraßen Wolff ein Stück Holz an den Kopf geworfen. Der Kopf stoll bald darauf an, und es mußte Blutvergiftung festgestellt werden. An dem Stück Holz hatte sich ein rothler Nagel befunden, wodurch der Knabe verletzt worden war. Schon am folgenden Tage ist dieser seinen Qualen erlegen.

Rangelana, 7. Dez. (Vogelstich.) Freiherr von Berlesch wird auch im Laufe dieses Winters auf seiner Besitzung zu Schloß Ceebach, Kreis Rangelana, wiederum Kurse von fünfjähriger Dauer über praktische Maßnahmen zur Förderung des Vogelflusses für Beamte und Personen aus der landwirtschaftlichen Verwaltung abhalten. Es kommen für diese vom 20. bis 24. und vom 27. bis 31. Januar 1913 stattfindenden Kurse in Frage: Kommunalpolitiker, Gärtner, Feldhüter, Aufseher, Waldwärtler, Baumwärter. Den Teilnehmern werden die haren Auslagen der Eisenbahnfahrt 3. Klasse sowie 4 Mt. Tagelohn für die Unterrißts- und Reiselage gewährt.

Frankenhausen, 5. Dez. (Ein Schulkrieg) ist hier entbrannt. Die Schüler an der hiesigen Realschule wollten zu liegen haben. Sie kermerten in Zeitungseinblendungen, die Regierung habe der Stadt einen Zuschuß zu solchen Zulagen geben wollen. Im Stadtrat führte dagegen der Oberbürgermeister aus, die Eingangsbeiträge seien falsch und geeignet, die Öffentlichkeit irre zu führen. Auch müßten der Ton und die Ausdrücke, die sich die Herren ihrer vorerwähnten Behörde gegenüber herausgenommen haben, als ungehörig getrennt werden. Auf ein Entgegenkommen der Regierung sei nicht zu rechnen. Die Lehrer hätten sich direkt an die Regierung gewandt und die achtprozentige Teuerungszulage verlangt. Im Stadtrat liege es nicht, sondern an der Regierung, weil diese den Landtag aufgeführt habe. Redner legte dar, welche Summen die Stadt von 1902 bis 1911 geleistet hat und wie viele sich gesteigert haben. Darauf erwiderte die Lehrerschaft: Auf unsere ruhigen sachlichen Ausführungen in der hiesigen Zeitung ist in der Stadtratssitzung mit Schimpereien und Beschimpfungen geantwortet worden. Wir begnügen uns heute damit, die Anmaßung, welche einzelne Herren zum Ausdruck gebracht haben, energisch zurückzujagen. Wir werden an anderer Stelle bemerken, daß von Unanständigkeit auf unserer Seite keine Rede sein kann.

Jeulendorf, 7. Dez. (Aus Rache angezeigt.) Der ledige Handarbeiter Kröllig von hier, der bereits eine Gefängnisstrafe zu verbüßen hat, wurde wegen Diebstahls um Anzeige gebracht. Er hat im Laufe des Jahres ein Portemonnaie, Wäsche, Zigaretten und bei einem Hotelbesitzer 10 Mt. entwendet. Die Behauptungen hatten ihren Verlust zum Teil gar nicht bemerkt. Die Verhaftungen kamen durch einen Freund des Genannten, einen arbeitslosen Handarbeiter, aus Tageslicht, und zwar aus Rache.

Roda, 7. Dez. (Selbstmord.) Der 19jährige Brauergehilfe Emil Schäge von hier wurde in der Nähe der Wallmühle auf der Bahnhofsstraße von einem Juge überfahren und aufgefunden. Der Körper des Unglücklichen war mitten durchgeschritten, ausgedehnt waren ihm noch der linke Arm und das rechte Bein abgefahren. Die angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß Schäge den Tod selbst gesucht hat.

Gera, 7. Dez. (Der Landtag) wählte den Abgeordneten Weber zum Vizepräsidenten und lehnte mit allen gegen die Sozialdemokratischen Stimmen den Antrag Bettelein, das Haus möge die Teilnahme des Prinzen Heinrich XXXIX. an den Landtagsverhandlungen für unzulässig erklären, ab. Gleich darauf über die feierliche Verpflichtung durch den Staatsminister Hinüber statt. Eine lange Ansprache leitete sodann die Vorlesung über die Aenderung des Landtagswahlrechtes. In die Worte des Staatsministers, der die Vorlesung begründete, mischte sich der Lärm der vor dem Landtagsgebäude versammelten Volksmenge. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen.

Gera, 7. Dez. (Neuer Zugnäht.) Auf der Bahnhofsstraße Saalfeld-Gera-Bezirk wird die Einlegung eines Gleises in der Mittagszeit immer mehr zur Notwendigkeit, denn von früh 8.17 bis abends 6.24 verkehren von hier nur Bummelzüge nach Leipzig. Ein Gleis, der gegen 1.30 nachmittags in Gera abgefahren würde und in Leipzig gegen 2.45 um Anstich an der D-3a 3.10 nach Berlin einträte, würde sicherlich heilig benutzt werden. Unsere Handelskammer, die einen diesbezüglichen Wunsch bei der Eisenbahndirektion Erfurt zum Ausdruck gebracht hatte, wurde dahin befriedigt, daß die Direktion eine solche Eisenbahnlinie als notwendig anerkenne, aber mit Rücksicht auf die Bahnhofsbauten in Zeitz und Leipzig die Gelegenheit vorläufig noch nicht im Aussicht stellen könne. Es würde aber die Sache stetig im Auge behalten.

Meuselwitz, 7. Dez. (Der nach Amerika durchgegangene Rektor Erpenstein) hat auch vergessen, die Summe von 383 Mt., die für Schülerwanderungen bestimmt war, abzuliefern, ebenso sein im voraus gezahltes

Salut das Einreibemittel

Rheumatische Schmerzen, Reiben, Hexenschuß. In Apotheken Fl. M. 1,30.

